vinetur

Australische Behörden kontrollieren binnen drei Tagen mehr als 30 Gastronomiebetriebe im Zentrum von Melbourne

Die koordinierte Aktion prüfte Löhne, Aufzeichnungen, Steuern und Superannuation-Pflichten in einer seit Langem unter Beobachtung stehenden Branche

Freitag, 13. November 2026



Australische Bundesbehörden kontrollierten während einer dreitägigen Aktion mehr als 30 Gastronomiebetriebe im Zentrum von Melbourne. Im Mittelpunkt standen Löhne, Aufzeichnungen, Steuern und die Pflicht zu Beiträgen für die Altersvorsorge.

An der gemeinsamen Aktion, die am Freitag, dem 13. November, angekündigt wurde, waren der Fair Work Ombudsman und das Australian Taxation Office beteiligt. Die Behörden erklärten, sie hätten im Rahmen einer koordinierten Kontrollmaßnahme Cafés, Restaurants und Imbisse im Stadtzentrum besucht. Ziel sei es gewesen, die Einhaltung der Vorschriften in einer Branche zu überprüfen, in der viele Gelegenheits-, Teilzeit- und junge Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Nach Angaben der Behörden prüfte das Finanzamt, ob die Betriebe ihren steuerlichen Pflichten nachkamen und die vorgeschriebenen Superannuation-Beiträge leisteten – in Australien obligatorische, vom Arbeitgeber finanzierte Altersvorsorgebeiträge. Der Fair Work Ombudsman untersuchte, ob die Beschäftigten korrekt bezahlt wurden und die Arbeitgeber die arbeitsrechtlichen Aufzeichnungspflichten erfüllten.

Die Mitteilung enthielt keine abschließende Bilanz zu Verstößen, Strafen oder nachgezahlten Löhnen infolge der Kontrollen in Melbourne. Die Behörden teilten lediglich mit, dass im Verlauf der Aktion mehr als 30 Betriebe besucht wurden. Die unmittelbare Bedeutung der Maßnahme liegt damit in Umfang und Schwerpunkten der Kontrollen, nicht in bislang veröffentlichten Vollstreckungsergebnissen.

Die Behörden erklärten, die Betriebe seien anhand verschiedener Informationsquellen ausgewählt worden. Dazu gehörten Meldungen oder Hinweise, Datenabgleiche und frühere regulatorische Maßnahmen. Das deutet darauf hin, dass es sich nicht um eine zufällige Kontrolle handelte, sondern um eine gezielte Prüfung auf Grundlage von Warnsignalen, die den beiden Behörden vorlagen.

Die Gastronomie steht in Australien seit Langem im Fokus der Arbeitsaufsicht. Immer wieder gibt es Bedenken wegen zu niedriger Bezahlung, mangelhafter Aufzeichnungen und der Nichteinhaltung verpflichtender arbeitsrechtlicher Vorgaben. Kleine Lebensmittel- und Getränkebetriebe arbeiten häufig mit geringen Margen, hoher Personalfluktuation und vielen Beschäftigten auf Stundenbasis – Bedingungen, die das Risiko von Fehlern bei der Lohnabrechnung oder vorsätzlichen Lohnverstößen erhöhen

können. Durch die Zusammenarbeit von Arbeitsaufsicht und Bundesfinanzamt nahm die Aktion zugleich zwei wesentliche Bestandteile der Arbeitskosten in den Blick: die direkte Bezahlung der Beschäftigten und die verpflichtenden Altersvorsorgebeiträge.

Der Fair Work Ombudsman nutzte die Ankündigung, um auf umfassendere landesweite Kontrollen in der Branche hinzuweisen. Im Finanzjahr 2025–2026 habe die Behörde in Fast-Food-Betrieben, Restaurants und Cafés in ganz Australien für 3.538 Beschäftigte mehr als 5,6 Mio. A $ zurückgeholt. Diese Zahl vermittelt einen Eindruck vom Ausmaß der Lohnprobleme, mit denen sich die Behörde landesweit befasst. Sie bezieht sich jedoch nicht auf die Ergebnisse der später angekündigten Kontrollen in Melbourne, die noch ausgewertet werden.

Dass zunächst keine Ergebnisse vorliegen, ist bei solchen Aktionen üblich. Die Inspektoren benötigen in der Regel Zeit, um Lohnunterlagen zu prüfen, Stundenzettel mit den geltenden Lohnsätzen abzugleichen, Beschäftigungskategorien zu untersuchen und festzustellen, ob die Betriebe ihre Steuer- und Superannuation-Pflichten erfüllt haben. Werden bei diesen Prüfungen Unterzahlungen oder andere Verstöße festgestellt, können je nach Schwere des Falls und Kooperation des Arbeitgebers Nachzahlungen, formelle Verwarnungen, Anordnungen zur Einhaltung der Vorschriften oder Gerichtsverfahren folgen.

Die Beteiligung des Australian Taxation Office verweist zudem auf die verstärkte Kontrolle der Superannuation-Pflichten in arbeitsintensiven Branchen. In Australien müssen Arbeitgeber für anspruchsberechtigte Beschäftigte Beiträge zur Superannuation leisten. Ausbleibende Zahlungen können die Altersvorsorge der Beschäftigten schmälern, selbst wenn ihr regulärer Lohn korrekt erscheint. Indem die Behörden neben der Lohnzahlung auch Steuern und Superannuation prüfen, können sie beurteilen, ob ein Betrieb seine gesamten Beschäftigungskosten erfüllt – und nicht nur einen Teil davon.

Für die Betriebe im Zentrum von Melbourne rückt die Aktion einen Bereich der Stadtwirtschaft in den Fokus, der stark auf Gäste aus Büros, Anwohner und Besucher angewiesen ist. Cafés, Restaurants und Imbisse prägen das tägliche Geschäftsleben im Viertel. Kontrollen dort können auch über die direkt überprüften Betriebe hinaus

Wirkung entfalten, insbesondere wenn sie andere Arbeitgeber dazu veranlassen, ihre Lohnpraktiken und Aufzeichnungen zu überprüfen.

Die beiden Behörden nannten in ihrer Mitteilung keine der besuchten Betriebe. Auch teilten sie nicht mit, wie viele Beschäftigte betroffen sein könnten oder ob bestimmte Vorwürfe einzelne Kontrollen ausgelöst hatten. Sie machten jedoch deutlich, dass die Aktion auf gemeinsam ausgewerteten Informationen und früheren Compliance-Prüfungen beruhte. Das unterstreicht einen stärker koordinierten Regulierungsansatz in Branchen, in denen sich Lohn- und Steuerpflichten überschneiden.

Der Fair Work Ombudsman und das Finanzamt setzen zunehmend Datenanalysen ein, um Kontrollen zu steuern. Dazu gleichen sie unter anderem Lohnabrechnungen, Meldungen und Unternehmensdaten ab, um Hinweise auf mögliche Verstöße von Arbeitgebern zu erkennen. In der Praxis kann das bedeuten, Lohnmuster, Personalstärke und gemeldete Steuerdaten miteinander zu vergleichen, um Unstimmigkeiten aufzuspüren, die einen Besuch vor Ort oder die Anforderung von Unterlagen rechtfertigen.

Beschäftigte dürften die Aktion aufmerksam verfolgen, da Tätigkeiten in der Gastronomie häufig zu den ersten Einstiegen in den Arbeitsmarkt zählen. Jüngere Beschäftigte, Migranten und Gelegenheitskräfte fordern ihre Arbeitgeber womöglich seltener wegen ihrer Bezahlung oder Altersvorsorgebeiträge zur Rede – entweder, weil sie die Vorschriften nicht kennen oder weil sie befürchten, Schichten zu verlieren. Für die Aufsichtsbehörden sind Kontrollen und die Prüfung von Aufzeichnungen deshalb ein wichtiger Bestandteil der Durchsetzung in der Branche.

Die Behörden nannten keinen Zeitplan für die Veröffentlichung der Ergebnisse der Aktion in Melbourne. Spätere Mitteilungen dürften zeigen, ob die Kontrollen Unterzahlungen, Steuerrückstände oder ausgebliebene Superannuation-Beiträge aufgedeckt haben und ob Arbeitgeber Beschäftigte entschädigen müssen oder mit weiteren aufsichtsrechtlichen Maßnahmen rechnen müssen.